

Rede zur Demo „Hände weg von 10H“ am 28.4.2018 in Eichstätt

Von Georg Etscheit

(Herausgeber von „Geopferte Landschaften - wie die Energiewende unsere Umwelt zerstört“ (Heyne 2016))

In einem seiner letzten, großen Interviews als bayerischer Ministerpräsident hatte Horst Seehofer in der Süddeutschen Zeitung die 10H-Abstandsregelung für Windkraftwerke in Bayern als eine seiner größten politischen Taten bezeichnet. Es sei damit gelungen, so Seehofer sinngemäß, einen gerechten Ausgleich zu schaffen zwischen den Erfordernissen der Energiewende, dem Schutz der Landschaften und dem Interesse der Windkraft-Anlieger an körperlicher und seelischer Unversehrtheit.

Diese Äußerung ist bemerkenswert, weil sie Seehofer, der ja oft als „Drehhofer“ verspottet wurde, als einen durchaus prinzipienfesten Politiker zeigt, der bereit ist, etwas, was er politisch für richtig hält auch gegen massive Widerstände durchzusetzen und zu verteidigen. Und Seehofer hat diese Regelung ja nicht, wie oft kolportiert, im Alleingang durchgesetzt. 10H ist keine willkürliche Entscheidung eines populistischen Ministerpräsidenten, sondern basiert auf der Tatsache, dass die Windräder damals noch wesentlich niedriger waren als heute. Es sollte gewährleisten, dass ein

erträglicher Mindestabstand zu Wohngebieten eingehalten wird. Mit der Höhe der Windkraftwerke, die bald 300 Meter erreichen werden, was höher ist als der Münchner Olympiaturm, wuchs auch die Distanz, um Menschen vor den schädlichen Emissionen dieser riesigen Industrieanlagen ausreichend zu schützen.

Seit Bayern - und nur Bayern - eine temporäre Öffnungsklausel im Bundesbaugesetzbuch nutzte, um diese menschenfreundliche Abstandsregelung für Windenergieanlagen durchzusetzen, verging kaum ein Tag, an dem nicht SPD, Grüne, Freie Wähler und die Windlobby Druck machten, um den angeblichen Stillstand des Windkraftausbaus im Freistaat zu beenden und die 10H-Regelung zu kippen oder zumindest aufzuweichen.

Eine Klage der Windlobby vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof gegen 10H scheiterte. Seitdem knirschen die Windfans immer vernehmlicher mit den Zähnen. Bislang erfolglos, wobei der Damm immer brüchiger wird, der bislang noch verhindert, dass auch Bayern mit einer Flut von mehr als 200 Meter hohen Windindustrieanlagen überrollt wird und bald so aussehen wird, wie schon heute die schrecklich entstellten, gesichts- und identitätslosen „Energiewälder“ in Schleswig-Holstein, Niedersachsen oder Brandenburg.

Längst kommt der Druck, 10H zu kippen, aber nicht nur aus den sattsam bekannten Kreisen, sondern auch aus der CSU. Erst im Oktober 2017 sagte der langjährige CSU-Bundestagsabgeordnete Josef Göppel auf einem

„Bürgerenergiegipfel „ nicht weit von hier in Pfaffenhofen an der Ilm, die CSU sei gut beraten, wenn sie noch vor der Landtagswahl 10H zu den Akten lege. Auch eine Grünen-Bundestagsabgeordnete war sich auf der gleichen Veranstaltung „ganz klar“, dass die 10-H-Regelung müsse in Bayern fallen müsse. „Zumindest auf dieser Ebene“, schrieb der Berichtstatter des „Pfaffenhofener Kuriers“, „steht also Jamaika nichts im Wege“.

Auch viele CSU-Bürgermeister scharren seit Jahren vernehmlich mit den Füßen, weil sie sich die schönen Pacht- und Gewerbesteuerereinnahmen aus den prall gefüllten Säckeln der Wind- und sonstigen Erneuerbaren-Industrie nicht länger entgehen lassen wollen.

Und seitdem Seehofer als Bundesinnenminister nach Berlin entschwunden ist und Markus Söder neuer bayerischer Ministerpräsident, wittern die 10H-Gegner einmal mehr Morgenluft. Man mag Seehofer einen Populisten und Wendehals genannt haben. Doch Söder ist ein Populist und Wendehals in Potenz, gegen den Seehofer wie ein prinzipienfester, knorriger Altkonservativer wirkt, dem die Menschen auf dem Land und die bayerische Landschaft wirklich noch etwas wert sind.

Söder denkt nur und ausschließlich an seine Wiederwahl, am besten mit absoluter Mehrheit, und räumt auf diesem Wege kalt lächelnd alle Konfliktfelder ab, die diesem Ziel entgegenstehen könnten. Jüngst kassierte er, Sie erinnern sich, die Erschließung des Riedberger Horns im Allgäu mit einem neuen Skilift, die er einst so vehement gefordert hatte, dass er

dafür sogar eine Änderung des Bayerischen Alpenplans durch den Landtag peitschte.

Und schon, die neue Staatsregierung ist erst wenige Wochen im Amt, deutet der neue Bayerische Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer an, man werde 10 H nächstes Jahr einer „Evaluation“ unterziehen. Außerdem drängte er darauf, neue Wind- und Solarkraftwerke nicht mehr ausgerechnet dort zu bauen, wo das Netz schon überlastet sei, sondern dort, wo das Netz noch aufnahmefähig sei, also in Süddeutschland, also in Bayern.

Wer die politische Landschaft in Bayern im Jahr einer historischen Landtagwahl beobachtet, wird nicht übersehen können, dass auch bei uns im Freistaat die Zeichen auf schwarz-grün stehen. Sollte Söder die absolute Mehrheit der CSU nicht verteidigen können und die FDP den Einzug in den Landtag nicht schaffen, wird er nicht zögern, die Grünen ins Boot zu holen, die ihrerseits längst Kreide gefressen haben .

Blaupause eines Zusammengehens von CSU und Grünen könnte Hessen sein, wo sich einst die beiden Lager ebenfalls spinnefeind waren, bis es dem geschmeidigen CDU-Ministerpräsidenten Volker Bouffier gelang, eine beinahe schon beängstigend geräuschlos arbeitenden Koalition mit der Ökopartei zu schmieden. Heute loben auch eingefleischte Konservative und Wirtschaftsbosse den grünen Wirtschaftsminister Tarek als Wazir über den grünen Klee, der verstanden habe, wie man Ökonomie und Ökologie zum Ausgleich bringen könne.

Die Grünen werden wohl in möglichen Koalitionsverhandlungen einige Kröten schlucken müssen, etwa in Sachen Einwanderung und Grenzschutz. Doch sie werden sich dann, nach bewährtem Muster, in Sachen Energiepolitik schadlos halten und ihre Horrorvision einer angeblich Kohlenstoff freien, klima- und umweltfreundlichen Energieerzeugung in die Tat umsetzen können.

Was es bedeuten würde, wenn man Bayern auf 100 Prozent Erneuerbar trimmt, zeigt ein Rechenexempel, das der Verein für Landschaftspflege und Artenschutz in Bayern (VLAB), dem ich als Beirat angehören, veröffentlicht hat:

Der Jahres-Stromverbrauch in Bayern liegt bei rund 76 Terawattstunden, also 76 Milliarden Kilowattstunden.

Würde man nun Drittel des Stroms, also 25,3 TWh, mit Fotovoltaik-Anlagen erzeugen, entspräche das einer Fläche von 253 Quadratkilometern - damit könnte man fast ganz München mit PV-Anlagen überbauen. Für die verbleibenden 50,7 TWh Windstrom bräuchte man etwa 8 450 Windräder. Deren Abstand auf der nutzbaren Fläche Bayerns betrüge dann 900 Meter.

Das ist jedoch nur die "bilanzielle" Rechnung, weil natürlich der Wind nicht immer weht und die Sonne nicht immer scheint. Um den hochvolatilen „Grünstrom“ zwischen zu speichern, etwa mit dem Power-to-Gas-Verfahren, müsste weitere 60 Prozent Überkapazitäten zur Deckung der Umwandlungsverluste eingerechnet werden. Der Strombedarf und die Zahl der Windräder und Solarparks würde noch einmal sprunghaft ansteigen. Und zwar auf rund 13 500 Windräder, mittlerer Abstand 720 Meter.

Zu Orientierung: In ganz Deutschland gibt es zur Zeit etwa 30 000 Windkraftwerke. Und selbst wenn diese flächendeckende Schändung unserer Heimat vollzogen wäre, bräuchte man immer noch ein vollständiges (wie auch immer geartetes) Ersatz-Kraftwerkssystem, das bei längeren Dunkelflauten einspringen würde.

Eine dezentrale Stromversorgung mit Wind und Sonnenenergie, wie sie vor allem auch der Bund Naturschutz mit Hubert Weiger an der Spitze immer wieder gebetsmühlenartig gefordert hat und auch unter einem neuen BN-Vorsitzenden Richard Mergner weiter fordern wird, ist technisch nicht realisierbar, politisch nicht durchsetzbar, unbezahlbar und wäre das Ende unseres Bayernlandes, wie wir es kennen und lieben.

Im Übrigen würde auch eine “dezentrale” Energiewende den Ausbau der Stromnetze, wie der BN offensichtlich wahrheitswidrig verspricht, keinesfalls überflüssig machen, wie etwa zahlreiche neu Freileitungen in Schleswig-Holstein zeigen, die den in der Fläche produzierten Windstrom “einsammeln” sollen.

Auf die kostspieligen Strom-Autobahnen von Nord nach Süd könnte dagegen auch im Falle einer “dezentralen” Energiewende mit dem Bau weiterer Tausender Windkraftwerke im Süden Deutschlands verzichtet werden. Die neuen Leitungen nämlich werden die Unberechenbarkeit des erneuerbaren „Zappelstroms“ nicht ausgleichen können. Sie werden überdies nur selten ausgelastet sein und meist einer

sechsspurigen Autobahn gleichen, von denen nur die Standspur ausgelastet ist.

Doch CSU, Grüne, BN und alle die anderen Schänder der bayerischen Landschaftsseele werden sich von solchen Argumenten nicht beeindruckt lassen. Wenn 10H fällt, wird, das ist sicher, ein erneuter Bauboom für Windräder überall in Bayern einsetzen und vieles von dem, was wir in den letzten Jahren erreicht haben, wird vergebens gewesen sein. Auf gut deutsch: Die ganze Scheiße geht wieder von vorne los.

Vom eigentlichen und ursprünglichen Grund, diese gänzlich missratende, umwelt- und menschenfeindliche Energiewende ins Werk zu setzen, beginnen sich die Politiker langsam zu verabschieden. In seiner ersten Rede zur Energiepolitik sagte der neue Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier: „Das für mich wichtigste Argument für die Energiewende ist, dass sie hilft, Wohlstand über die ganze Welt zu verbreiten“. Viel deutlicher kann man die Pleite beim Thema Klimaschutz nicht formulieren, eine Bankrotterklärung.

Deshalb rufen wir allen Politikern in Bayern und im Bund zu , vor allem auch Ihnen Herr Göppel, Herr Weiger und Herr Mergner:

Ziehen Sie endlich die Notbremse und stoppen sie diese Energiewende!

Legen Sie eine dringend benötigte Denkpause!

**Verhängen Sie ein Moratorium zum Bau weiterer
Windkraftwerke und Solarparks!**

Wir rufen ihnen zu:

Hände weg von 10H!

**Hände weg von den Resten unserer bayerischen
Kulturlandschaften, wie wir und wie alle Welt sie kennen
und lieben!**

**Hände weg von einer zwar nicht perfekten, aber insgesamt
funktionierenden Regelung, die bislang einen gewissen
Interessenausgleich gewährleistet hat, zwischen den
Bedürfnissen der sich grün gebenden Städter und den
Menschen auf dem Land, deren Regionen die angeblich
grüne Energie bereit stellen sollen!**

**Hände weg von einer Regelung, die den unsäglichen
Wildwuchs der Windgiganten zumindest etwas
abgebremst und Zeit und Raum eröffnet hat!**

**Wir fordern auch und gerade die Delegierten des BN aus
ganz Bayern hier und heute auf:**

**Opfern Sie nicht die großen Errungenschaften des Natur-
und Landschaftsschutzes in Bayern einer missratenen
Klima- und Energiepolitik, die all das restlos zerstört, was
die bisherigen Zerstörungswellen von Flussbegradigungen
über Flurbereinigung bis zu Agrarindustriehorror und
Zersiedelungsdesaster noch übrig gelassen haben.**

Lassen Sie sich nicht einspannen für die gewissenlosen Interessen einer Energielobby, für die

Herr Söder, in Ihrer ersten Regierungserklärung vom 18. April haben Sie gesagt:

Wir erhalten die Landschaft, bewahren die Schöpfung und stärken die bäuerliche Kultur im Land. Bayern bleibt Bayern.

Herr Ministerpräsident, wir werden Sie beim Wort nehmen!